

PALÄSTINA

„Zugang zu einem riesigen Markt“

James Wolfensohn, 71, Nahost-Vermittler und Ex-Präsident der Weltbank, über die wirtschaftliche Zukunft des Gaza-Streifens



SEAN GALLUP / REUTERS



KHALIL HAMRA / AP

Bauarbeiten auf dem Flughafen von Gaza

Wolfensohn: Wir haben gerade in der Frage der Grenzübergänge einen Durchbruch erzielt. Israel akzeptiert, dass bei der Ein- und Ausreise nach Ägypten in Zukunft nur noch Palästinenser und Ägypter kontrollieren. Die Grenzer sollen außerdem durch europäische Inspektoren verstärkt werden. Damit stimmt Israel erstmals dem Prinzip internationaler Hilfe in Grenzfragen zu. Israel will den Gaza-Streifen also offenbar nicht abriegeln, sondern zielt auf eine Politik der offenen Tür. Premier Sharon zeigt sehr viel Mut.

SPIEGEL: Mit jährlich fast einer Milliarde Dollar stehen die Palästinenser an der Spitze der internationalen Finanzhilfe.

Wolfensohn: Das entspricht lediglich einem Tausendstel der jährlichen Rüstungsausgaben weltweit. Wir müssen schließlich berücksichtigen, dass der Konflikt internationale Auswirkungen hat, vor allem auf die islamische Welt. Eine Lösung dieses Konflikts wird uns auch beim Kampf gegen den Terror helfen. Die großen Industriationen haben bereits weitere Milliarden versprochen, aber

es gibt keine Blankoschecks: Die Palästinenser müssen beweisen, dass sie umfassende Reformen durchsetzen.

SPIEGEL: Sie haben Spenden gesammelt und persönlich 500 000 Dollar dazugetan, um den Siedlern Treibhäuser abzukaufen und sie den Palästinensern zu schenken. Warum?

Wolfensohn: Die Bulldozer standen schon bereit, um die Ge-wächshäuser niederzuwalzen und mit ihnen alle Strom- und Wasserleitungen. Das wollte ich verhindern.

POLEN

Bittere Bilanz

Gerade ist der 25. Geburtstag der ersten freien Gewerkschaft im eis-tigen Ostblock mit großen Worten und aufwendigen Feiern in Gdansk ange-messen gewürdigt worden, da soll sich ein Teil von Solidarność schon wieder auf dem Weg in den Untergrund befin-den. Überall im Lande bilden sich of-fenbar neue Gewerkschaftszellen, die ihre Existenz lieber verschweigen. Denn wie die kommunistischen Machthaber während der Wende mögen auch Polens junge Kapitalisten keine organisierten

Arbeiter. „Viele Arbeitgeber schikanie-ren Gewerkschafter, verlängern Arbeits-verträge nicht oder entlassen sie aus fa-denscheinigen Gründen. Dem müssen wir uns entgegenstemmen“, sagt Walde-mar Dubinski, Vizechef der Gewerk-schaft in der Woiwodschaft Mazowsze. Bei einer Arbeitslosenquote von knapp 19 Prozent fällt es den neuen Wirt-schaftsbossen leicht, Arbeitnehmerrechte zu ignorieren. „Einige tausend“ Soli-darność-Aktivisten sollen laut Dubinski bereits im Verborgenen operieren. Sie beraten Arbeitnehmer bei Kündigun-gen, werben Sympathisanten und bauen konspirativ ihre Gewerkschaftsorganisa-tionen auf.



PAP ANDRZEJ WIKTOR / DPA